

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Trabantschrift
Tageblatt Rieser
Fremd Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 15.

Wittwoch, 18. Januar 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Interaktionsbeilage „Erzähler an der Spitze“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten und der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Werthestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Eine neue Rede des Reichswirtschaftsministers.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Mittwoch die wirtschaftspolitische Aussprache mit einer neuen großen Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Brüning fort, der auf die Ausführungen der Debatte zurückging.

Der Minister bestritt den loslichen Verlauf der Aussprache, die auch für ihn außerordentlich nützlich gewesen sei. Das schwierigste Problem sei die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und unserer eigenen Wirtschaftslage. Man müsse sich davon hüten, die Wirtschaftslage aus einer Reihe oder Haufe-Stimmungen zu beurteilen. Deshalb habe er sich auch darauf beschränkt, die Vergleichszahlen von jetzt und vom vorigen Sommer darzustellen, da es einen anderen objektiven Maßstab nicht gebe.

Der Minister nahm dann Stellung gegen einige Vermutungen über den Umfang der Produktionsrückgang beim Reichswirtschaftsminister und schloß die Rede mit dem Hinweis, er habe eine Ansprache über die Löhne und Löhne des Handwerks gehalten und auf Grund dieser Ansprache sollten diese Dinge innerhalb der Reichsregierung beraten werden. Der Reichspräsident habe bei dieser Besprechung einleitend und am Schluß ausdrücklich betont, daß er seiner einzelnen Gruppe dienlich sein wolle und könne, sondern daß er nur für das Ganze da sei. Der Minister erklärte, er halte sich verpflichtet, diese Wahrnehmung mitzuteilen, weil damit die Voraussetzungen, die sonst an den Empfang geknüpft werden könnten, etwas anders ausfallen könnten.

Der Minister ging dann auf die Grundfrage unserer Wirtschaftspolitik ein und erklärte, er sei nicht bereit, über die inneren Probleme der Agrarpolitik zu sprechen. Auch in der Wirtschaftspolitik in ihrer jetzigen Lage sei es eine Frage, die so sehr unversöhnlich sind, daß sie die großen Grundfragen unserer Wirtschaftspolitik noch auf lange Zeit bestimmen werden. Die Grundfragen unserer heutigen Wirtschaftspolitik sind schon zur Zeit Bismarcks aufgeworfen worden. Vor mehr als 50 Jahren haben wir uns entschieden, daß wir den Bevölkerungszuwachs, den wir nicht für das eigene Land arbeiten lassen können, im Ausland beschaffen wollen, daß er aber im Ausland Arbeit schaffen soll für das Ausland, die wir dem Ausland übergeben. Infolge dieser Entscheidung ist ein hartes Anwachsen der deutschen Bevölkerung möglich geworden. Mehr als ein Sechstel der deutschen Bevölkerung hat von diesem Herankommen der Arbeit aus dem Ausland gelebt. Ueber diese Grundfrage kommen wir nicht hinweg, wenn nicht die Frage beantwortet werden kann, ob es für diesen Teil der Bevölkerung möglich wäre, dieselben Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland als Ersatz für die Beschäftigung aus dem Ausland zu schaffen.

Nur wenn diese Fragen positiv beantwortet werden könnten, wäre eine Umwälzung von der seit 50 Jahren betriebenen Politik zu erwägen. Ich muß diese Frage absolut vernachlässigen. Dann bleibt aber zweifellos nichts anderes übrig, als die Politik fortzusetzen, daß man versucht vom Ausland Aufträge zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland zu ergänzen. Wenn das feststeht, müssen daraus alle Konsequenzen gezogen werden. Soweit sie auf handelspolitischem Gebiet liegen, sollen sie am Freitag im Auswärtigen Amt näher erörtert werden. Diesen unabweisbaren Tatsachen, die für die Aufrechterhaltung der Verflechtung mit der Welt sprechen, wird entgegengehalten, daß die Möglichkeiten, im Ausland neue Arbeit zu schaffen, außerordentlich groß seien. Obwohl die Rentabilität der Landwirtschaft außerordentlich zu wünschen übrig läßt, ist die Menge der Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar liegt sie heute durchschnittlich 25 Prozent höher als 1924.

Wir nähern uns daher dem wichtigsten Gebiet der Selbstversorgung. Diese Erzeugnissteigerung ist zu bejaubern, ohne daß die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft sinken würde. Das ist eine Entwicklung, die in der ganzen Welt gleich ist. Die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für Arbeitslose ist daher außerordentlich groß. Wir haben nicht einen Mangel an Kulturland in Deutschland, sondern werden sehr bald sogar einen relativen Ueberschuß an Kulturland haben, was zur Konsequenz hat, daß die unergiebigsten Böden in neue Kulturformen übergeführt werden müssen. Diese Entwicklung führt weiter dazu, daß man sich genau überlegen muß, ob man neues Kulturland machen kann. Man wird dafür Kosten aufzuwenden haben, die möglicherweise den künftigen Nutzungswert übersteigen.

Wir stehen also hier auch noch vor gewissen Strukturveränderungen, und es wird nicht möglich sein, in der Landwirtschaft ungeheuer viel Menschen unterzubringen, auch dann nicht, wenn wir die Großbetriebe in steigendem Maße in kleinere und kleinere Betriebe umwandeln. Infolgedessen bleibt nichts anderes, als die Arbeitslosen außerhalb des Agrarsektors zu beschäftigen, und welche Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es da noch in Deutschland, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft zurückziehen? Diese Frage muß von denjenigen beantwortet werden, die behaupten, es sei möglich, dieses Problem zu lösen.

Wir sind in Deutschland bald in der Lage, uns mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst zu versorgen. Wir sind aber nicht in der Lage, in Deutschland die Rohstoffe zu schaffen, auf die unsere Wirtschaft angewiesen ist. Dafür

brauchen wir Beträge in Höhe von mehreren Milliarden. Diese können wir nur bezahlen, wenn wir entsprechende Werte der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt verkaufen. Der Umstand allein, daß wir Rohstoffe brauchen, zwingt uns, mit der Weltwirtschaft in Verbindung zu bleiben. Daraus kommt die Tatsache, daß wir zwar in der Reparationsfrage günstige Ergebnisse erreichen konnten, daß wir aber trotzdem noch eine außerordentliche Summe an Privatschulden an das Ausland haben. Wie man sich auch zu diesem Problem stellen mag, eins ist klar, daß man niemals von diesen Schulden vollkommen frei wird, und daß man sie nicht anders bezahlen kann, als durch zusätzliche Ausfuhr. Wenn diese Grundeinstellung richtig ist, müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen, und insbesondere des Schutzes unserer eigenen Nahrungsmittelproduktion, den ich an die erste Stelle setze, den Warenverkehr mit dem Ausland als notwendige Ergänzung unserer inneren wirtschaftlichen Situation ansehen. Ich glaube auch, daß dieser Warenverkehr notwendig ist, gerade für den Agrarsektor unserer Wirtschaft. Wenn man einmal den hypothetischen Fall einer rechtlosen Absehrnung vom Weltmarkt und der vollkommenen Deckung des Nahrungsmittelbedarfs im Inlande fest, dann wird die Preisbildung für die landwirtschaftlichen Produkte entscheidend von der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung abhängen.

Daraus folgt eine absolute Interessensolidarität zwischen den Produzenten und den Konsumenten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Also gerade die Landwirtschaft hätte das höchste Interesse an der Aufrechterhaltung eines genügenden Exports, damit eine möglichst hohe Lohnsumme eine möglichst hohe Kaufkraft im Inlande erzeugt. Die Schrumpfung des Exports hat zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit um 2 1/2 Millionen Arbeitnehmer geführt, was wiederum zu einer Schrumpfung der Kaufkraft geführt hat, die sich ungefähr in der Größenordnung von jährlich über 500 Mark pro Kopf dieser Arbeitslosen bewegt. Die Exportsumme von 6 Milliarden stellt eine Lohnsumme von 4,2 Milliarden dar. Diese werden zu 600 Prozent für Nahrungsmittel und zu 40 Prozent zur Deckung des übrigen Bedarfs ausgegeben. An dem Export der deutschen Industrie ist also zu 60 Prozent der agrarische Sektor interessiert und zu 40 Prozent die übrigen Sektoren. Die Schrumpfung der Zahl der Arbeitnehmer liegt nicht im Export, sondern in der Innenwirtschaft. Schon seit den vier Jahren hat sich eine vollständige Strukturveränderung in der Zusammensetzung unseres Exports vollzogen. Die Verbrauchsgüter weisen eine Abnahme, die Produktionsgüter dagegen eine Zunahme auf. Wenn auch andere Staaten immer mehr dazu übergehen, sich eigene Industrien aufzubauen, so benötigen sie dazu deutsche Erzeugnisse, und außerdem für lange Jahre Ersatzteile für die deutschen Maschinen usw. Jedenfalls wird auf diese Weise das Volumen des deutschen Exports noch lange Jahre in der gleichen Höhe wie bisher zu halten sein. Doch ist eine entsprechende Einstellung der Industrie notwendig.

Was dann die Frage des Bankkommissars anlangt, so bekommt der Bankkommissar seine Richtlinien von einem Bankentrat, das sich zusammensetzt aus dem Reichsbankpräsidenten, den Staatssekretären des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums und dem Reichsbankpräsidenten. (Zuruf des Abg. Dr. Schreiber: Halten Sie den Einfluß des Reiches für ausreichend?) Ja, wenn irgendwelche Zweifel im Bankentrat über eine Frage bestehen, dann sind diese verpflichtet, diese Zweifelsfrage dem Reichskabinett zur Entscheidung vorzulegen. Die Tätigkeit des Bankkommissars hat im wesentlichen darin bestanden, die Debitoren herabzusetzen und die Spanne zwischen Haben und Debitoren zu vermindern.

Die Bankenfinanzierung hat zu einer gewissen Verunsicherung geführt, aber zu einer endgültigen Bereinigung des ganzen Bankensystems kann man nur kommen, wenn man den Deflationsprozeß einmal beendet hat und dann auch der notwendigen Sanierung eine genügende Liquidität in der gesamten Wirtschaft herbeiführt hat. Aus der Periode der Deflation sind wir heraus. Es fehlt aber noch die Liquidität. Ich erkenne grundsätzlich die hohe Bedeutung des Regionalbankensystems an. Man muß aber damit warten, bis die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Am Augenblick läßt sich das Problem nicht lösen, da neue Mittel in Höhe von 300 bis 500 Millionen Mark notwendig wären. Selbstverständlich müssen schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden, um später zu einer Lösung zu kommen.

Der neue Vollstreckungsdienst bedeutet nicht eine räumliche Erweiterung, sondern nur eine zeitliche Verlängerung der bestehenden Möglichkeiten. Auf die Sicherungsverfahren hat er überhaupt keinen Einfluß. Infolgedessen ist es nicht richtig, wenn man sagt, daß dieser Vollstreckungsdienst die Abwicklung der Sicherungsverfahren und damit die Bereinigung von Siedlungsland beeinträchtigt.

Zum Schluß äußert sich der Minister über die Auslandsverschuldung. Zur Frage einer neuen Schuldenaufnahme könne man im Augenblick endgültig nichts sagen, weil es praktisch völlig unmöglich sei, neue Auslandschulden aufzunehmen, solange wir die alten Auslandschulden nicht konsolidiert haben und auf dem Devisenmarkt größere Freiheit haben. In der Entwicklung im Jahre 1933 könne man nur betonen, daß man Kapitalbeträge, wie es 1932 in gewissem Umfang noch geschehen sei, nicht transferieren könne. Es läge nur die Transferierung von Zinsen und Amortisationsbeträgen in Frage und diese müsse man selbstverständlich auch gegenüber 1932 zu verkleinern.

Der Minister erklärt abschließend, er sei dankbar für die Ansprache, weil er davon ausgehe, daß die Selbstkritik nicht weitgehend ausgedehnt werden könne und daß die Jagd nach den eigenen Ärrümern das Wertvollste sei, was man als Mensch tun könne.

„Hände weg von Hindenburg!“

Eine Veröffentlichung der „Arenzzeitung“ gegen Angriffe auf den Reichspräsidenten.

Berlin. Die dem Stahlhelm nahestehende „Arenzzeitung“ veröffentlicht eine Stellungnahme zu neuen Angriffen des Generals Glimmer auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und erklärt u. a. in Bezug auf die Rolle Hindenburgs im Nov. 1918: „Der Herr Reichspräsident hat in seiner bekannten großartigen Art von vornherein volle Klarheit über die Ereignisse der kritischen Novembertage 1918 geschaffen. Er hat am 27. Juli 1919 in der „Arenzzeitung“ eine Darstellung veröffentlicht, für deren Inhalt er gemeinsam mit Generaloberst von Pflessen, Staatssekretär a. D. Glinne, General Frhr. v. Marschall und General Graf Schaulburg die Bürgschaft übernommen hat. Diese Darstellung der unmittelbaren Beteiligten ist die echte Geschichtsaufzeichnung für jene Ereignisse und als solche im nationalen Lager unangefochten. Die Rolle des jetzigen Präsidenten ist darin in einer Weise klar gestellt, die auch nicht den geringsten Zweifel an seinem bis ins letzte getreuen Verhalten gegenüber seinen obersten Kriegsherrn aufkommen läßt. Dementierend sind auch die Beziehungen des Generalfeldmarschalls zu den übrigen Führern der alten Armee stets ungetrübt geblieben und das gilt auch für die Person des Generals Glimmer. Es ist nicht richtig,

wenn Glimmer sagt, daß er sich seit jenem Winter Anfang 1918 von dem Generalfeldmarschall abgesondert habe. Dagegen spricht die Tatsache, daß er noch jahrelang in einem kameradschaftlich herzlichem Briefwechsel mit ihm gestanden hat. Diese Beziehungen haben erst ein Ende erreicht, als General Glimmer es für richtig hielt, sich parteipolitisch zu betätigen.“

Die Veröffentlichung der „Arenzzeitung“ bringt sodann eine authentische Darstellung der Ereignisse des November 1918 und stellt zum Schluß fest, daß der Reichspräsident sich niemals von den vaterländisch denkenden Deutschen abgesondert und den „Roten und Schwarzen ergeben“ habe. „Der Herr Reichspräsident“, so heißt es in der Veröffentlichung weiter, „hat sich nie einer Partei ergeben, sondern stets die Linie eingehalten, die ihm sein Gewissen zum Wohle des deutschen Volkes vorschrieb. Von dieser politischen Haltung abgesehen muß aber die Persönlichkeit des Feldmarschalls und Reichspräsidenten für alle guten Deutschen unantastbar über allen persönlichen Angriffen stehen, denn er ist gerade in den Stunden schwerer Entscheidungen das Vorbild eines charaktervollen und verantwortlichen handelnden deutschen Mannes gewesen.“

Eine Entschließung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

Berlin. (Funkpruch.) Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. hat folgende Entschließung gefaßt: „Bei der Kritik presepolitischer Maßnahmen einzelner Regierungsstellen ist in letzter Zeit vielfach eine Frage erörtert worden, zu der sich die deutschen Zeitungsverleger berufener Weise zu äußern haben. Nach den Grundföhen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber

der deutschen Tageszeitungen) e. V. ist es unvereinbar mit Pflichtauffassung und der Verantwortung des Verlegers, unmittelbar oder auf Umwegen Subventionen jenseitiger Art insbesondere öffentliche Mittel zu parteipolitischen oder überhaupt innerpolitischen Zwecken anzunehmen. Die Verwendung derartiger Mittel zu solchen Zwecken ist zu verwerfen. Durch Verkäufe gegen diese Grundföhen werden außerdem falsche Meinungen über Möglichkeiten des Gewinnmaximalismus erzeugt und böswillige Verärgelungen gefördert, die das Ansehen der unabhängigen deutschen Presse ebenso schädigen, wie die Staatsautorität.“